

## **Albert Statz**

### **Deutsch-französische Militärkooperation – Eine Achse der Westeuropäisierung?**

***Zusammenfassung:** In den letzten Jahren haben die Bundesrepublik und Frankreich ihre militärische Zusammenarbeit in einer Reihe von Feldern verstärkt. Diese Zusammenarbeit ist zum einen aus den besonderen bilateralen Beziehungen heraus bestimmt: der französischen Angst davor, daß die Bundesrepublik eine eigenständige Politik betreiben könnte. Zum anderen verstärken sich die Tendenzen zu einer Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik – sei es aus Abgrenzung gegenüber den USA, sei es als Resultat des EG-Binnenmarkt-Projektes. Einer militärpolitischen »Zweiten Säule« in der NATO steht bislang die nationale militärische Souveränität entgegen – kann eine deutsch-französische Militärkooperation zu einer Achse der Westeuropäisierung werden?*

#### **Deutsch-französische Widersprüche und die Bedingungen einer engeren militärpolitischen Kooperation**

Der »Erbeind als Ersatzfreund«- so überschrieb Walter Schütze (Schütze 1988) Anfang 1988 seine Bestandaufnahme der wachsenden militärpolitischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik: die Bildung eines deutsch-französischen Sicherheitsrates, Konsultationen beim Einsatz französischer Atomwaffen auf deutschem Boden, gemeinsame Manöver, die Bildung einer gemischten Brigade. Das legt Fragen nahe: Welches Erbe? Ersatz wofür? Freundschaft gegen wen? Mit anderen Worten: In welcher historischen Tradition und in welchem internationalen Umfeld bewegen sich die gegenwärtigen Initiativen?\*

Die deutsch-französischen Beziehungen sind nur vor dem Hintergrund zu begreifen, daß beide Länder in sieben Jahrzehnten dreimal Krieg miteinander geführt haben. Alle diese Kriege gingen von einem machtpolitischen Zentrum Deutschland in der Mitte Europas aus. Entgegen den anderen Siegermächten hatte Frankreich noch bis weit in das Jahr 1948 hinein die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands bekämpft. Mit der Teilung hat sich das »Sicherheitsproblem Deutschland«, die Kontrolle des machtpolitischen Zentrums Deutschland in der Mitte Europas, für Frankreich wesentlich entschärft. Wie es François Mauriac so unnachahmlich formulierte: »Ich liebe Deutschland so sehr, daß ich glücklich bin, daß es zwei davon gibt.«

\* Dieser Aufsatz ist die um die militärpolitische Analyse der deutsch-französischen Beziehungen gekürzte Fassung einer ausführlichen Broschüre, die der Verfasser für die Grünen im Bundestag erstellt hat: Eine Achse der Aufrüstung? Militärzwillinge Bundesrepublik – Frankreich, Bonn 1988, 64 S. Din A4, DM 5,-, zu beziehen über: Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1.

Der Ost-West-Gegensatz gefror im Kalten Krieg zu einer Spaltung Europas und Deutschlands. In der Entstehung der beiden Militärblöcke und damit in der Verbindung beider Teilungen wurde das »Sicherheitsproblem Deutschland« gelöst.

Lord Ismay, der erste NATO-Generalsekretär, beschrieb einmal die Aufgaben des NATO-Bündnisses folgendermaßen: »Es soll die Amerikaner in, die Russen aus Europa und die Deutschen unter Kontrolle halten.«<sup>1</sup> Das »System von Jalta«, wie die geläufige Formel nicht nur in Frankreich heißt, war der Preis, der für eine halbierte Aussöhnung zwischen den Völkern zu zahlen war – die deutsch-polnische Verständigung folgte der deutsch-französischen erst mit zwanzigjähriger Verzögerung.

Deutschland ist trotzdem für Frankreich (wie auch für seine anderen europäischen Nachbarn) ein »Sicherheitsproblem« geblieben (Kolboom 1986; Weisenfeld 1986: 137 ff.; Bauer 1987). Es ist zwar nicht mehr Krieg zwischen den beiden Länder, der droht, sondern »nur« noch die ökonomische Übermacht und ein wachsendes militärpolitisches Gewicht der Bundesrepublik im Rahmen der Integration in Westeuropa und in der NATO. Dennoch ist die Gefahr in französischen Augen nicht gebannt. Sollte sich die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen lockern und damit die Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten ihr gegenüber sinken, dann stehen alte Themen wieder auf der Tagesordnung: deutscher Nationalismus und Militarismus, Kontinuität und Gemeinsamkeiten der westdeutschen Politik mit dem Nationalsozialismus.

Die französische Öffentlichkeit reagierte sehr heftig auf die westdeutsche Friedensbewegung: die »*dérive allemande*«, die Gefahr des Abgleitens der Bundesrepublik nach Osten und eines deutschen »Neutralismus« wurden die Stichworte, bei denen die alten Ängste wieder hochkamen. Obwohl die Friedensbewegung sich Entmilitarisierung und Abbau von Machtpolitik zum Ziele setzte, wird eine selbständigere westdeutsche Friedenspolitik nach wie vor von den französischen Eliten in den Kategorien des machtpolitischen Gleichgewichts in Europa gesehen. Friedenspolitik in der Bundesrepublik hat sich mit dieser Realität auseinanderzusetzen, denn gegen die europäischen Nachbarn ist sie nicht möglich. Andererseits darf sie sich nicht von der Entwicklung in anderen Ländern abhängig machen, sondern muß einen eigenen Weg finden, der den Ängsten der Nachbarn Rechnung trägt.

Es ist die Verknüpfung von eigenständigerem Handeln und einer möglichen Option auf eine Wiedervereinigung, die in der französischen Wahrnehmung gefährlich werden könnte, weil sie die internationale Einbindung und Kontrolle der Bundesrepublik in Frage stellt. Die »Beschränkung« westdeutscher Außenpolitik – der Verzicht auf eine aktive Wiedervereinigungspolitik und auf militärische Souveränitätsrechte durch die NATO-Integration – wurde von außen aufgezwungen, dann aber von der Gesellschaft in starkem Maße verinnerlicht. So folgte westdeutsche Politik vornehmlich einem weniger konfrontativen als integrativen Politikstil, zunächst durch die Integration nach Westen und – mit erheblicher Verzögerung, aber in der Konsequenz bis weit ins konservative Lager hinein geteilt – durch die Entspannung im Verhältnis zum Osten. Dies bedeutet weder, die offensive Vertretung der herrschenden Interessen in der Bundesrepublik – insbesondere gegenüber der Dritten Welt – zu verkennen noch ihr die machtpolitischen Ambitionen abzusprechen.

In den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich spielt jedoch die wechselseitige Einbindung und Selbsteinbindung, Kontrolle und Selbstkontrolle die entscheidende Rolle. Diese zentrale außenpolitische Maxime war durch die Westintegration so erfolgreich umgesetzt worden, daß sie in Vergessenheit geraten konnte. Die französischen Integrationsinitiativen seit Anfang der achtziger Jahre haben uns wieder daran erinnert. Ihr Auf und Ab zeigt zugleich, daß die jeweilige Aktualität eines westdeutschen »Sonderweges« die französische Bereitschaft, die eigenen nationalen Handlungsmöglichkeiten durch eine engere Zusammenarbeit einschränken zu lassen, sehr stark beeinflußt.<sup>2</sup> In diesem Sinne stellt das »Sicherheitsproblem Deutschland« den Katalysator für eine Westeuropäisierung der Militärpolitik dar.

Der gebrochenen »nationalen Identität der Deutschen«, sei sie vergessen, verdrängt, verarbeitet oder nie bewußt erlebt worden, steht eine ungebrochene Identifikation mit der Nation in Frankreich gegenüber. Daraus folgt ein sicherheitspolitischer Konsens (Berger 1983; Baier 1988: 38 ff.; Becker 1987), dessen Grundstein die Notwendigkeit militärischer Verteidigung in der Form atomarer Abschreckung sowie die ungeteilte nationale Souveränität in der Außen- und Militärpolitik ist. Die Krise der Vierten Republik wurde nicht zuletzt durch den Nationalismus de Gaulle'scher Prägung überwunden, dessen letzte Konsequenz das Ausscheren aus der militärischen Integration der NATO 1966 war – auch wenn vielfältige Verbindungen der NATO blieben und diese sich im Laufe der Zeit wieder intensivierten. Dieser »Nuklearnationalismus« beruht zuallererst auf historischen Erfahrungen: Volksbewaffnung und Wehrpflicht sind demokratische Errungenschaften, mit denen in der Französischen Revolution und der Pariser Kommune die Republik gegen ein reaktionäres Deutschland verteidigt wurde. Eine solche Verbindung von Nation, Staat und Militär gilt in Frankreich als selbstverständlich. Letztlich liegt hier die Wurzel für das französische Unverständnis der westdeutschen Friedensbewegung.

Das herausragende Merkmal dieses Konsenses ist, daß er von der Bevölkerung passiv akzeptiert, aber weder öffentlich diskutiert noch durch ein aktives Engagement getragen wird. Daß es in der Bundesrepublik fünfzehn mal mehr Kriegsdienstverweigerer gibt als in Frankreich (Yost 1988: 181), hängt nicht nur mit dem kürzeren Wehrdienst von 12 Monaten und den sehr viel restriktiveren Bedingungen der Verweigerung zusammen. Kriegsdienst erscheint einfach als selbstverständlich und gleichzeitig als weniger wichtig.

Militärische Stärke und nationale Handlungsfreiheit werden gleichgesetzt. Der Niedergang Frankreichs als Großmacht wird im nationalen Bewußtsein zweifach »kompensiert«: durch die Verfügung über Atomwaffen und über eine Politik der wirtschaftlichen Modernisierung, in der Rüstungsproduktion und Rüstungsexport eine zentrale Rolle einnehmen. Nicht zuletzt zeigt dies an einer engen personellen Verflechtung von Militärapparat und Rüstungswirtschaft: viele Berater des Verteidigungsministeriums waren in der Rüstungswirtschaft tätig.

So verfolgt Frankreich eine Forschungspolitik, in der die militärischen Technologien als Motor des technischen Fortschritts auch für den zivilen Bereich begriffen werden. Dies war entscheidend für die Versuche, dem amerikanischen SDI-Programm, das

eher als ökonomische denn als militärische Herausforderung begriffen wurde, eine gemeinsame westeuropäische Anstrengung entgegenzusetzen (Schild 1988 a). Die objektive Bedeutung der französischen Rüstungsindustrie übersteigt bei weitem diejenige des westdeutschen. Der Konsens hat hier eine materielle Grundlage: 2 % aller Beschäftigten sind im Rüstungsbereich beschäftigt (Bundesrepublik: 1 %); 5 % des gesamten Exportes bestehen aus Waffen (im Vergleich: unter einem Prozent); weit über 30 % der staatlichen Forschungsausgaben gehen in die Rüstungsforschung (im Vergleich: um 19 %); in Pro-Kopf-Werten gemessen ist Frankreich der größte Rüstungsexporteur der Welt (Jäger/Schwegler-Rohmeis 1988: 6ff.; Leggewie 1985). Es ist die spezifische Verbindung von kultureller Identität, nationalem Machtpotential und der Erwartung einer ökonomischen Modernisierung, die die französische Militärpolitik als so unangreifbar erscheinen läßt.

Die »deutschen Ungewißheiten«, die *incertitudes allemandes*, sind nicht der einzige Grund für Veränderungen in der französischen Außenpolitik. Diese müssen in einem dreifachen internationalen Kontext begriffen werden: der Integration in Westeuropa, dem Verhältnis zu den USA und dem Gegensatz zwischen den Gesellschaftssystemen und Militärblöcken in Ost und West. Er war die Verbindung dieser drei Dimensionen, die der »Nachkriegsordnung« ihre feste Struktur gab: die absolute Hegemonie der Vormächte USA und Sowjetunion in ihren Blöcken, die Militarisierung des Ost-West-Konfliktes und die Unterdrückung aller Bestrebungen, die eine politische Alternative zu *beiden* Gesellschaftssystemen suchten. Für Frankreich bedeutet ein westdeutscher Neutralismus angesichts der »Bedrohung aus dem Osten« noch eine andere Gefahr: das militärische Vorfeld, das »Glacis«, würde entfallen und damit die zentrale Voraussetzung seiner Militärstrategie. Diese nämlich nutzt den geopolitischen Vorteil, um größere Handlungsspielräume für die nationale Politik zu gewinnen. Der »Ernstfall«, so stellt es sich für die französische Militärpolitik dar, ist »fünf Minuten nach zwölf«.

Ein »Ende der Nachkriegsordnung« zeichnet sich ab. Heute ist die absolute ökonomische Vormachtstellung der USA im westlichen Lager dahin; die Tendenzen in den USA, die das militärische Engagement in Europa zurücknehmen wollen (Truppenreduzierung, neue amerikanische Vorstellungen für eine NATO-Strategie der »*discriminate deterrence*«), gewinnen an Einfluß. Der Hegemonialanspruch der Sowjetunion im östlichen Lager ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Politik der Abschreckung, insbesondere mit Atomwaffen, befindet sich in einer tiefen Legitimationskrise. Neue ökonomische, soziale und ökologische Probleme, die beiden Systemen gemeinsam sind, sowie die Ansätze zu einer demokratischen Öffnung in Osteuropa schwächen den ideologischen Gegensatz ab.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für Frankreich auch das »Sicherheitsproblem Deutschland« neu. Die Diskussion über einen partiellen Rückzug der USA, sei sie als Druckmittel zur finanziellen Entlastung der USA, sei es als Folge einer stärkeren außenpolitischen Orientierung auf den pazifischen Raum, macht gleichzeitig deutlich, wie sehr das machtpolitische Gleichgewicht in Europa von der amerikanischen Präsenz abhängt. Unter dem Schutz eines »Protektorats« der USA habe das deutsch-

französische »Paar« keine Veranlassung gehabt, eine eigene Politik der Stärke gegenüber dem Osten zu betreiben, so eine konservative amerikanische Analyse, die die hegemoniale Rolle der USA zu Ende gehen sieht (Calleo 1987:172 ff.; vgl. Lucas 1988; Boyer 1988; Heisbourg 1987a). Die militärpolitischen Grundlagen der Ost-West-Konfrontation werden dabei nicht in Frage gestellt. Die Schlußfolgerung lautet folglich, Westeuropa müsse das amerikanische Potential durch eine eigene Aufrüstung »ersetzen«. Dies würde aber nicht nur die finanziellen Möglichkeiten übersteigen, sondern auch für die Sowjetunion eine *zusätzliche* Bedrohung bedeuten und dem westdeutschen Interesse an Entspannungspolitik zuwiderlaufen. Darüber hinaus wäre für Frankreich das *innere* Gleichgewicht in Westeuropa nicht mehr gewährleistet. Denn die USA sind für die Zementierung des Ost-West-Verhältnisses und damit für die direkte militärische Einbindung der Bundesrepublik unverzichtbar; zudem würde sonst das westdeutsche »Glacis« für die französische Militärdoktrin wegfallen.

Die französische Außenpolitik reagiert seit Anfang der achtziger Jahre auf eine Weise, die die Grundlagen der Fünften Republik zu verlassen scheint: ein neuer »Atlantizismus« wünscht sich das verstärkte Engagement der USA in Europa; die Analyse der Bedrohung durch den Warschauer Vertrag ist zunehmend durch heftigen Antikommunismus gekennzeichnet; die französische Politik öffnet sich gegenüber einer engeren Kooperation und Integration in Westeuropa. Die Erfahrung der Grenzen nationaler Wirtschaftspolitik in der ersten Phase der Linksregierung bis 1983 und das Interesse an einer stärkeren Einbindung der Bundesrepublik haben eine wahre »Europa-Euphorie« zur Folge gehabt. Über die westeuropäischen Initiativen Frankreichs hinaus sind vor allem seine Angebote für eine engere bilaterale Zusammenarbeit bemerkenswert. Die Debatten um eine deutlichere, sogar atomare Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik, die Konsultation beim Einsatz französischer Atomwaffen und eine engere Kooperation zwischen den Streitkräften rühren an die militärischen Tabus der Fünften Republik: »Frankreichs Presseabteilung entdeckt sein Europa in dem Augenblick, in dem die Firma mit ihren Großmachtambitionen an eine Grenze stößt.« (Baier 1988: 51)

Im Verhältnis zwischen den beiden Staaten bilden sich gegenläufige Entwicklungen heraus: Während eine integrationsfreundlichere Politik für Frankreich der einzige Ausweg zu sein scheint, die nationale Schwäche zu überwinden, ist die Bundesrepublik an einem Wendepunkt ihrer Außenpolitik angelangt. Von konservativer Seite wird wieder der Anspruch erhoben, »aufgeklärte Machtpolitik« zu betreiben und auch militärisch ein »normaler« Staat unter anderen zu werden (Schwarz 1985; vgl. Statz 1988 a). Eine nationalistischere Außenpolitik könnte die feste Orientierung der Bundesrepublik auf die westeuropäische Integration abschwächen und die »Selbsteinbindung« nicht mehr als Vorteil, sondern nur noch als Beschränkung der eigenen Politik begreifen lassen, einschließlich der Wiedereröffnung einer »gesamtdeutschen« Option.

Die französische Außenpolitik wird durch den Verlust der nationalen Handlungsmöglichkeiten *innerhalb* des westlichen Bündnisses und der eigenen, bislang nicht in Frage gestellten militärischen Großmachtrolle bestimmt. Sie steht nun nicht mehr

primär in einer politischen Frontstellung zu den USA, sondern ist vom Interesse geprägt, diese militärisch in Westeuropa zu halten und *deshalb* eine »Zweite Säule« der NATO zu errichten. Die Konkurrenz um neue Technologien verschärft zwar die ökonomische Abgrenzung von den USA; die französische Militärpolitik begibt sich aber in den Rahmen einer neuen transatlantischen »Arbeitsteilung«. Das alte Dilemma deutsch-französischer Zusammenarbeit löst sich auf: Die Bundesrepublik wird nicht mehr vor die Alternative Paris – Washington gestellt.

Aus der internationalen Umbruchsituation vierzig Jahre nach Kriegsende und der veränderten außenpolitischen Konstellation zwischen den beiden Ländern heraus sind die französischen Initiativen für eine bilaterale Militärkooperation und eine Weiterentwicklung der westeuropäischen Integration zu verstehen. Durch die Veränderungen bei ihren beiden wichtigsten Bündnispartnern gerät die französische Außenpolitik in eine Klemme: Sinkende US-Präsenz *und* größere außenpolitische Selbstständigkeit der Bundesrepublik bedrohen das machtpolitische Gleichgewicht in Europa. Die Westeuropäisierung der französischen Sicherheitspolitik ist kein Selbstzweck, sondern eine außenpolitische Gegenstrategie, um nationale Handlungsmöglichkeiten zu bewahren.

Eine demokratische Öffentlichkeit, die die Militärpolitik einer detaillierten Kritik unterzieht und das Monopol der sicherheitspolitischen Elite durchbricht, existiert in Frankreich nicht. Es gehört zu den Widersprüchen des sicherheitspolitischen Konsenses, daß die Selbstdarstellung der französischen Militärpolitik in der Öffentlichkeit und die zentrale Rolle der Medien auf eine passive Zustimmung stoßen, daß in den allgemeinen Haltungen zu militärpolitischen Themen sich aber schon längst der friedenspolitische »Wertewandel« durchsetzt, der auch in den anderen westeuropäischen Ländern eine Bedingung für das Erstarken der Friedensbewegung war.

Der sicherheitspolitische Konsens zeigt deutliche Risse<sup>3</sup>: Meinungsumfragen belegen eine wachsende Ablehnung von Atomwaffen und die Relativierung der klassischen Feindbilder Deutschland und Sowjetunion. Die herrschende Strategie der massiven atomaren Vergeltung wird inzwischen mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die wirtschaftliche Bedeutung der Rüstung wird zwar immer noch sehr hoch eingeschätzt. Das Versprechen, mit der Rüstung die Wirtschaft zu modernisieren, ist aber auf die Dauer nicht zu halten. Schon werden wegen der finanziellen Engpässe die Akzente in Richtung ziviler Forschung, Bildung und Gesundheit gesetzt. Eine Enttabuisierung des Rüstungsbudgets findet nicht nur in der öffentlichen Meinung statt, sondern kam auch in den jüngsten Äußerungen Mitterrands zum Ausdruck.

Es deutet sich ebenfalls ein Abbau des Nationalismus im Bewußtsein an. Der französischen Europabegeisterung, die gerade in den letzten Wahlkämpfen hohe Wellen schlug, sind zwar keine politischen Initiativen gefolgt, die über die Verfolgung nationaler Interessen in europäischem Gewande hinausgingen. Ein Stimmungswandel in der Bevölkerung für eine militärische Zusammenarbeit in Westeuropa ist aber unverkennbar: Die Betonung nationaler Größe und Unabhängigkeit ist dabei, ihre Funktion als letzte ideologische Rechtfertigung der Politik zu verlieren. Die bilaterale Zusammenarbeit und Solidarität steht für die französische Bevölkerung außer Frage.

Dies gilt auch militärisch: Immerhin 74 % sind für eine allgemeine Unterstützung der Bundesrepublik bei einem Angriff, 63 % für eine Teilnahme an der konventionellen Vorverteidigung; und immerhin 51 % für die Ausdehnung des nuklearen Schutzschildes auf die Bundesrepublik. Mehr als die Hälfte äußerte sich 1984 selbst dafür, daß Frankreich in eine gemeinsame Verteidigung mit den Deutschen auch eigene Atomwaffen einbringt (Weisenfeld 1986: 147).

Eine Bedrohung durch die Bundesrepublik wird kaum noch wahrgenommen. Die wechselseitige Sympathie zwischen den beiden Völkern übersteigt alle anderen internationalen Vergleiche. Französische Deutschlandpolitik erscheint allerdings als sehr ambivalent. Den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen, ist angesichts der nationalen Tradition Frankreichs selbstverständlich. Doch die Deutschen selbst haben sich, so scheint es, mit der Teilung ihres Landes abgefunden. In einem Land mit so langer und starker nationaler Tradition, wie sie Frankreich besitzt, ist das aber schwer nachvollziehbar – selbst angesichts der Ängste, die noch vorhanden sein mögen. So kommt es zu diametral entgegengesetzten Erwartungen an die Deutschen im Hinblick auf die deutsche Teilung, was Lothar Baier mit einem Begriff aus der Psychiatrie den deutsch-französischen »*double bind*« (Baier 1985: 126 f.) genannt hat: Einerseits ist man zufrieden, daß die Deutschen ihren Nationalstaat, der für Frankreich immer eine Bedrohung war, offenbar zum größten Teil nicht mehr wollen. Doch andererseits kann man das, wegen der eigenen Tradition, einfach nicht richtig glauben. In ihrem Inneren, so meint man, müssen die Deutschen nichts sehnlicher wünschen als die Wiedervereinigung.

Im Hinblick auf den »Nuklearnationalismus« ebenso wie auf das »Sicherheitsproblem Deutschland« zeichnet sich ab, daß der sicherheitspolitische Konsens von zwei Seiten in eine Klemme gerät: Wie eine Vielzahl von Meinungsumfragen zeigen, treten nationalistische Orientierungen im Bewußtsein der französischen Bevölkerung zurück, und gleichzeitig sinkt die Akzeptanz der Militärpolitik. Aus der starken »europäischen« Orientierung dürfte sich auch die unkritische, gleichsam selbstverständliche Befürwortung der bilateralen und noch stärker der westeuropäischen Militärkooperation erklären. Diese Veränderung im Konsens entspricht der herrschenden Rhetorik einer »Öffnung nach Europa«. Für die (atom)pazifistischen Orientierungen gilt dies bislang allerdings weniger: Diese werden weiterhin in der öffentlichen Meinung tabuisiert. Mit dem positiven Bezug auf »Europa« entsteht die Gefahr, daß sie in den Hintergrund gedrängt werden, da es keine öffentliche Debatte über Alternativen zur überkommenen Militärpolitik gibt.

Die engere sicherheitspolitische Kooperation mit der Bundesrepublik im Rahmen einer Westeuropäisierung weist einen möglichen Ausweg aus dem Dilemma. Die positive Identifikation mit »Europa« und der Abbau des deutschen Feindbildes kann auf der ideologischen Ebene dafür genutzt werden, eine andere, für den sicherheitspolitischen Konsens gefährlichere Seite des »Wertewandels« zurückzudrängen. So kann es zu einer »Reorganisation« des Konsenses kommen, bei der der Schritt weg vom Nationalismus paradoxerweise die antimilitärischen Elemente schwächt, die immerhin von einem »harten Kern« von 30 % der Bevölkerung vertreten werden. Die Politik

der atomaren Aufrüstung in bilateralem oder westeuropäischem Rahmen fortzuführen und ihr einen »internationalen« Anstrich zu geben, böte eine Möglichkeit, die inneren Widersprüche des sicherheitspolitischen Konsenses auf eine Weise zu bewältigen, die einer friedenspolitischen Opposition eine Kritik und Mobilisierung sehr schwer macht. Auch die machtpolitische Kontrolle der Bundesrepublik – und gleichzeitig das machtpolitische Gleichgewicht der Nachkriegsordnung – könnte durch eine solche Politik aufrechterhalten werden, ohne daß es der unterschwellig wirksamen und bei Gelegenheit wieder hervorgeholten Befürchtung bedürfte, Deutschland könne wieder zu einer Gefahr werden.

Wenn die Identifikation mit dem Nationalstaat aber tatsächlich sinkt, dann sind die militärischen Instrumente und Insignien nationaler Politik wohl kaum einfach auf die westeuropäische Ebene zu übertragen. Zumindest brechen hier Widersprüche auf, die früher oder später auch in der Öffentlichkeit und im Bewußtsein der Bevölkerung präsent sein werden. Die französische Elite scheut nicht zuletzt deshalb Veränderungen, weil der exklusive Charakter des sicherheitspolitischen Konsenses damit durchbrochen würde. Nicht nur die Kompromißbildung zwischen den Parteien macht die französische Militärpolitik so unbeweglich; sie ist darüber hinaus eingesperrt in den gesellschaftlichen Konsens, auf den sie sich ansonsten als ihre Stärke beruft.

In dem »passiven« Charakter des sicherheitspolitischen Konsenses steckt daher eine große Labilität, die friedenspolitische Anknüpfungspunkte bietet. Jede Veränderung erweist sich für die herrschende Politik als risikoreich, weil sie eine offene Auseinandersetzung sowohl mit den internationalistischen wie den antimilitaristischen Elementen im Bewußtsein provozieren könnte. Auf diese Weise könnte eine politische Dynamik entstehen, die mehr Möglichkeiten für ein friedenspolitisches Eingreifen bietet, als es gegenwärtig den Anschein hat.

### **Die gegenwärtigen Initiativen für eine engere militärpolitische Kooperation**

Unverkennbar nehmen seit Anfang der achtziger Jahre die Tendenzen zu, die Bundesrepublik stärker in das französische Konzept von »Sicherheit« einzubeziehen und eine engere Zusammenarbeit der Streitkräfte zu praktizieren. Dabei gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten für eine verstärkte bilaterale und westeuropäische Zusammenarbeit<sup>4</sup>: von den Erklärungen über einen gemeinsamen Sicherheitsraum bis hin zur Selbstverpflichtung Frankreichs, die Bundesrepublik beim Einsatz seiner atomaren Kurzstreckenraketen zu konsultieren; von gemeinsamen Manövern bis hin zur Bildung einer deutsch-französischen Brigade; von der WEU-Wiederbelebung über die Realisierung der militärpolitischen Bestimmungen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages bis hin zum deutsch-französischen »Sicherheits- und Verteidigungsrat«; von den Anstrengungen einer engeren Kooperation in Forschung und Entwicklung (EG-Industriepolitik und Eureka) über die Koordination der Rüstungsbeschaffung (IEPG, WEU sowie bilateral) bis hin zur gemeinsamen Rüstungsproduktion, zum Beispiel des Panzerabwehrhubschraubers PAH-2. Wie weit ist die bilaterale

Zusammenarbeit gediehen? Besitzt die bilaterale Kooperation eine Dynamik, die Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik voranzutreiben?

Ein »*point of no return*« – wie es ein FAZ-Kommentar einmal bezeichnete –, an dem die sicherheitspolitische Kooperation unumkehrbar geworden ist, dürfte dabei kaum zu finden sein. Aber der Ausbau der deutsch-französischen Militärkooperation folgt durchaus einem breit angelegten pragmatischen Konzept. Bereits 1982 formulierte der Planungschef im Auswärtigen Amt, Seitz, einen Gesamtentwurf, der der uneingeschränkten Souveränität Frankreichs Rechnung trug und die traditionellen Orientierungen der französischen Militärpolitik als Ausgangspunkt akzeptierte, um nukleare Konsultationen und ein Engagement Frankreichs bei der Vorverteidigung zu erreichen (Seitz 1982). Dabei machte er auch die Kompromißlinien deutlich, auf denen sich pragmatische Schritte bewegen können. Es sind vor allem das westdeutsche Interesse an einer militärpolitischen Zusammenarbeit, die der Bundesrepublik einen größeren Einfluß auf die französische Militärpolitik (bis hin zum Heranrücken an die NATO-Integration) geben könnte, und das französische Interesse an der Kooperation bei der Rüstungsproduktion, die zu einem Kompromiß zusammengeführt werden sollen. Französische Souveränität und stärker ausgeprägter westdeutscher Kooperationswille sollen dabei eine Form finden, die eher pragmatisch und informell ist, aber nicht weniger wirkungsvoll sein muß.

### *Der deutsch-französische »Sicherheitsrat« – auf dem Wege zu einer gemeinsamen Militärpolitik?*

Die institutionalisierten Kontakte zwischen deutschen und französischen Stellen haben sich sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich seit Anfang der achtziger Jahre kontinuierlich ausgeweitet. Am 25. 2. 1982 beschlossen Schmidt und Mitterrand einen vertieften Meinungsaustausch auf allen Gebieten auf der Grundlage des Elysée-Vertrages, einschließlich der Sicherheits- und Militärpolitik. Nach dem Regierungswechsel in Bonn wurde auf dem Treffen zwischen Kohl und Mitterrand am 7. 12. 1982 die Bildung eines »Deutsch-Französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung« beschlossen. Damit fanden die entsprechenden Vertragsbedingungen von 1963 zum ersten Mal Anwendung.<sup>5</sup>

Mit der Wiederbelebung des Elysée-Vertrages erhielten die politischen Debatten über den »gemeinsamen Sicherheitsraum« zum ersten Mal ein institutionelles Fundament. Der neu gebildete Ausschuß besitzt eine Reihe von regelmäßig tagenden Arbeits- und Unterarbeitsgruppen und bereitet die Vierergespräche der Außen- und Verteidigungsminister im Rahmen der halbjährlichen Gipfel vor. Er stellt auch die Infrastruktur für den »Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat« dar, der 1988 gegründet wurde.

In der Arbeitsstruktur des Ausschusses werden folgenden Themen behandelt:

- Sicherheitspolitik im weitesten Sinne einschließlich Rüstungskontrolle und Ost-West-Politik;
- Abstimmung von Strategien und Einsatzdoktrinen;

- gemeinsame Manöver und deren Auswertung;
- Bildung und Auftrag gemischter Einheiten (der »deutsch-französischen Brigade«);
- Ausrüstungen, Interoperabilität von Waffensystemen und logistische Unterstützungsvereinbarungen;
- erweiterte Luftverteidigung und SDI;
- Kooperation in der Rüstungsproduktion.

In der Folgezeit intensivierten sich die Arbeitskontakte zwischen den Regierungen. Auf den deutsch-französischen Gipfeltreffen kommt das ganze Spektrum der Beziehungen zur Sprache. Die Bündelung der verschiedenen Themen erleichtert dabei die Kompromißbildung während der Konsultationen, weil unterschiedliche Problemfelder zu einem Paket von Forderungen und Zugeständnissen miteinander verschnürt werden.

Die Wirkung der deutsch-französischen Gipfel in der Öffentlichkeit war beträchtlich. Denn es wurde kaum ein »Jubiläumstag« ausgelassen, um die wiederbelebte Allianz symbolträchtig in Szene zu setzen. Die händchenhaltenden Kohl und Mitterrand über den Gräbern von Verdun werden ebenso in die Propagandageschichte eingehen wie der Bruderkuß beim Brückenschlag zwischen den Manövertruppen des »Kecken Spatz« über die Donau. In der Öffentlichkeit wurde diese Symbolik zwar oft belächelt und kritisiert, weil der konkrete Ertrag der Gipfel zumeist mager und vom mühsamen Interessenausgleich geprägt war. Dennoch tat sie ihre Wirkung, wurde damit doch der westdeutschen Militärpolitik ein Anstrich von Völkerverständigung gegeben und vermeintliche westeuropäische Gemeinsamkeit und Eigenständigkeit gegenüber den Großmächten demonstriert.

Die Widersprüchlichkeit der deutsch-französischen Militärzusammenarbeit und die Grenzen ihrer Institutionalisierung werden an der Gründung des »Sicherheitsrates« deutlich, dessen Einrichtung anlässlich des gemeinsamen Manövers »Kecker Spatz« vom französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 24. September 1987 verkündet wurde. Er soll die 1982 geschaffenen Strukturen festigen und ausbauen.<sup>6</sup> Ob dieser »Rat« mehr als die bloße Umbenennung der bestehenden Konsultationsmechanismen werden sollte, blieb in dem Vorschlag unklar. Auch er war Teil eines typischen deutsch-französischen Kompromißbildungsprozesses: Mitterrand hob bereits bei der Ankündigung die Notwendigkeit hervor, gleichzeitig die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken. So wurde gleichsam als Gegenleistung dann auch die Bildung eines deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrates und eines Kulturrates beschlossen.<sup>7</sup> Dies entsprach dem großen Interesse, das Frankreich an einer währungspolitischen Kooperation besitzt. Am 22. 1. 1988, anlässlich der Feierlichkeiten zum Jubiläum des Elysée-Vertrages, wurde ein entsprechendes Protokoll zum Deutsch-Französischen Vertrag von 1963 unterzeichnet.<sup>8</sup> Es ist inzwischen von beiden Parlamenten ratifiziert worden und in Kraft getreten.

Die Themen, die im Sicherheitsrat behandelt werden, haben sich gegenüber dem Ausschuß von 1982 nicht wesentlich verändert. Allerdings geht die angestrebte Abstimmung in »allen die Sicherheit Europas angehenden Fragen, einschließlich des Ge-

bietet der Rüstungskontrolle und der Abrüstung«, über den Elysée-Vertrag hinaus, der nur die Annäherung der Auffassungen auf dem Gebiet der »Strategie und Taktik« vorsah. Damit ist auch die Nuklearpolitik als Gegenstand der Beratungen im Prinzip eingeschlossen. Abzuwarten bleibt, wie weit sie wirklich zum Thema gemacht wird. Es ist kein Zufall, daß die Präambel zum Protokoll über die Schaffung des Sicherheitsrates auf die Erklärung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU vom 27. Oktober 1987 Bezug nimmt, nach der eine »europäische Identität auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik« entwickelt werden soll und in der die Notwendigkeit atomarer Abschreckung festgeschrieben wird. Gleichzeitig wird in der Präambel durch den Bezug auf Art. V des WEU-Vertrages bestätigt, daß die NATO der einzige organisatorische Rahmen der militärischen Integration ist. Der *westeuropäische* Rahmen militärischer Kooperation wurde damit ausdrücklich in die bilateralen Beziehungen aufgenommen. Ob sich hier auf die Dauer ein neuer organisatorischer Rahmen herausbildet, wird daran abzulesen sein, wie häufig die Treffen stattfinden werden und ob das Sekretariat, das in Paris seinen Sitz hat, mit eigenständigen Kapazitäten ausgestattet wird.

### *Die deutsch-französische Nuklearkooperation*

Der heikelste und politisch gravierendste Vorgang einer deutsch-französischen Militärkooperation wäre zweifellos, wenn Frankreich seinen Nuklearnationalismus abschwächen, der Bundesrepublik eine engere nukleare Kooperation anbieten und damit näher an die NATO-Doktrin heranrücken würde. Hier hat es deutliche Akzentverschiebungen gegeben, wobei zwischen gezielten rhetorischen Manövern, dem Offenhalten von Optionen und realen Absichten zu unterscheiden ist. Wie bei der Nuklearstrategie überhaupt ist das Terrain, auf dem sich die Interpretation der vorliegenden Initiativen bewegt, aber außerordentlich schwankend. Jede nukleare Sicherheitsgarantie ist im Unterschied zu einer Integration der Einsatzplanungen der Streitkräfte und einer gemeinsamen Rüstungsproduktion und -beschaffung rein *deklaratorisch*; daher ist auch die Bedeutung von Informationen und Konsultationen über den Einsatz von Atomwaffen sehr begrenzt. Im Krisenfall wird kein Weg an der *nationalen* Entscheidung vorbeiführen – es sei denn, es gäbe wirklich integrierte Entscheidungsstrukturen. Man sollte sich hüten, aus der Interpretation einzelner Äußerungen vorschnell auf eine gemeinsame Verfügung, und damit einer westdeutschen (Mit-)Verfügung, über Atomwaffen zu schließen.<sup>9</sup>

Ein Eigenbesitz oder die nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen ist für die offizielle westdeutsche Außenpolitik nach wie vor ein Tabu, auch wenn eine solche Option bei der Debatte des Atomwaffensperrvertrags bis in die politische Mitte hinein eine Rolle gespielt hat. Gefordert wird allerdings, zum Beispiel in Interviews des Verteidigungsstaatssekretärs Rühl, eine Abstimmung in der Einsatzplanung der französischen »prästrategischen« atomaren Kurzstreckenraketen. Denn diese haben durch das INF-Abkommen eine deutliche Aufwertung erfahren. Militärstrategische Überlegungen für den »gemeinsamen Sicherheitsraum« lassen eigentlich eine Ab-

stimmung der Einsatzplanung, zumindest eine wechselseitige Information als notwendig erscheinen. Denn je grenznäher und verbindlicher französische Truppen in der Bundesrepublik eingesetzt werden, um so stärker treten die Differenzen in den nuklearen Einsatzdoktrinen hervor.

Die nukleare Konsultation, die Mitterrand und Kohl im Februar 1986 vereinbarten, war eine Überraschung, weil der französische Generalstabschef Lacaze noch 1984 erklärt hatte, nukleare Fragen könnten kein Gegenstand der regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationen sein. Die Vereinbarung besitzt aber nur beschränkten Charakter, denn dem *politischen* Aspekt »gemeinsamer Sicherheit« wurde entsprochen, ohne daß die *militärische* Souveränität eingeschränkt wurde. Das Abkommen gleicht der Formel, die 1962 in den »*Athener Richtlinien*« für die NATO gefunden wurde: Es geht um den unmittelbaren Einsatz französischer Kurzstreckenraketen »auf deutschem Boden«; Konsultationen darüber werden »in den Grenzen der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der solche Entscheidungen zu treffen sind«, ins Auge gefaßt. Mitterrand vergaß nicht, »in Erinnerung zu rufen, daß in der Sache Entscheidungen nicht teilbar sind«. <sup>11</sup> Dies bleibt weit hinter dem von Rühl formulierten Anspruch auf eine Abstimmung in der Einsatzplanung zurück. Die einzige Konkretisierung der französischen Bereitschaftserklärung besteht bislang in der Absicht, die technischen Voraussetzungen dafür in Form eines »roten Telefons« zwischen Bonn und Paris zu schaffen, was schon im August 1985 angekündigt wurde (Boniface/Heisbourg 1986:273).

Von westdeutscher Seite gibt es unter den gegebenen Bedingungen nur eine ernstzunehmende »Option«, die sich die sozialliberale Koalition bei der Verabschiedung des Atomwaffensperrvertrages offengehalten hat. Sie wurde als langfristige Zielvorstellung im neuen Grundsatzpapier der CDU zur Außenpolitik wieder aufgenommen: der westeuropäische Bundesstaat mit integrierter Außen- und Militärpolitik, in den Frankreich und Großbritannien ihr Atompotential einbringen. Diese besitzen eine besondere Verantwortung, teilen aber ihre Verfügungsgewalt in einem »Europäischen Verteidigungsrat« als politischer Entscheidungsinstanz mit den bisherigen Nicht-Atomwaffenmächten. Aber auch eine solche Zusammenarbeit könne die atomare Sicherheitsgarantie der USA nicht ersetzen, wie ausdrücklich betont wird. <sup>12</sup>

Während in der Bundesrepublik eine offene Forderung nach nuklearer Mitbestimmung oder gar Mitbesitz in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle spielt, fand in Frankreich schon vor einigen Jahren eine öffentliche Debatte über Möglichkeiten und Grenzen einer atomaren Mitbeteiligung der Bundesrepublik statt. Tenor dieser Überlegungen ist, die Bundesrepublik in die nukleare Pflicht zu nehmen und jeder Entnuklearisierung entgegenzuwirken, ohne gleichzeitig die nationale Souveränität einzuschränken. <sup>13</sup> Von einer gemeinsamen Einsatzplanung, die überhaupt erst ein wirklicher Schritt in Richtung auf eine formelle Mitbestimmung wäre und die nukleare Souveränität antasten könnte, ist aber auch hier nicht die Rede.

In diesem Zusammenhang ist auch die spektakuläre Debatte vom Herbst 1988 über ein »Zwei-Schlüssel-System« für französische Atomwaffen zu sehen, falls diese in der Bundesrepublik stationiert würden. Bereits im Jahre 1983 machte der militärpoliti-

sche Redakteur von *Le Monde*, Tatu, einen solchen Vorschlag (Andrets 1986: 110 f.), und im Zusammenhang mit dem INF-Abkommen und der wachsenden Bedeutung französischer Kurzstreckenraketen wurde von verschiedenen Seiten die Idee einer Stationierung der Hadès mit Neutronensprengköpfen »an der Elbe« mit einem Zwei-Schlüssel-System für die Deutschen lanciert – vom Gaullisten Messmer über Vertreter der UDF bis hin zum ehemaligen sozialistischen Verteidigungsminister Hernu.<sup>14</sup> Diese Vorschläge entpuppten sich bislang allerdings als Luftblasen. Angesichts des unter der neuen Regierung Mitterrand bestätigten Festhaltens am »Nuklearnationalismus« erscheinen sie als unrealistisch, weil sie über Konsultationen weit hinausgehen und einen direkten Einfluß auf die Entscheidung durch ein Veto-Recht bedeuten würden. Der Blick auf spektakuläre Formen der atomaren Teilhabe kann den Zugang zu den informellen Entwicklungen versperren. Diese sind effektiver und vermeiden das Risiko des Scheiterns, weil sie den bestehenden Strukturen der Sicherheitspolitik Rechnung tragen (Boniface/Heisbourg 1986: 253 ff.).

Wenn auf westdeutscher Seite nukleare Konsultationen gefordert werden, so will man im Bewußtsein dieser Grenzen primär auf die französische Nuklearstrategie Einfluß nehmen. Alle Deklarationen und Angebote von französischer Seite erscheinen zuallererst als rhetorische Manöver, die dazu dienen, durch die Intensivierung der bilateralen Beziehungen eine Denuklearisierung der Bundesrepublik zu verhindern. Diese innere Widersprüchlichkeit der deutsch-französischen Debatte über eine atomare Teilhabe hat ein Kommentator von *Le Monde* analysiert:

»Keine der beiden Seiten ist wirklich ehrlich, wenn es um die atomare Sicherheitsgarantie geht: die Herrschenden in Frankreich versichern, daß die Ausdehnung des Schutzschirms auf die BRD nicht auf der Tagesordnung steht, weil die Deutschen sie nicht fordern; aber die Bonner Regierung fordert sie nicht, mehr aus Resignation statt aus Überzeugung, weil sie zu genau weiß, daß Paris zu einer positiven Antwort nicht in der Lage ist.« (Vernet, *Le Monde* 25.6.1987)

Einer engeren deutsch-französischen Kooperation im atomaren Bereich steht ein weiteres gravierendes Hindernis entgegen. Die anderen westeuropäischen NATO-Mitglieder werden einem solchen Bilateralismus nicht ohne Widerstand zustimmen. Auch für sie ist der »Sicherheitsraum Westeuropa« nicht teilbar. Einige französische Vorschläge tragen dem Rechnung, indem sie die deutsch-französischen Konsultationen in eine »Europäische Nukleare Planungsgruppe« einzubringen versuchen (Andrets 1986: 115). Auch hier werden pragmatische Lösungen der Annäherung Frankreichs an die NATO diskutiert. Eine gemeinsame westeuropäische nukleare Einsatzplanung müßte aber angesichts der amerikanischen Präsenz, die in keiner der Vorstellungen über eine »Westeuropäisierung« ersetzt werden soll, auch die amerikanischen (und britischen) Atomwaffen betreffen und die USA in die Konsultationen mit einbeziehen. Eine »Vergemeinschaftung« der nuklearen Einsatzplanung würde somit den Druck auf Frankreich zusätzlich verstärken, sich einer gemeinsamen Nuklearstrategie unter Einfluß der USA der militärischen Integration der NATO wieder anzunähern.

Das Spielen mit einer nationalen westdeutschen Option könnte aber, so ein mögliches strategisches Kalkül der westdeutschen Rechten, den Druck auf Frankreich verstär-

ken, im Bereich der bilateralen Konsultationen Zugeständnisse zu machen und den Raum für engere westeuropäische Absprachen zu öffnen. Ein pragmatischer und verdeckter Weg zur nuklearen Kooperation wird aber sehr schnell an einen Punkt kommen, wo explizite politische Entscheidungen gefordert sind: sei es im Rahmen des Rüstungshaushaltes, wenn eine solche Option nicht nur offengehalten, sondern auch realisiert werden soll; sei es bei der Veränderung der Militärdoktrin und konkreten Stationierungsplänen; sei es angesichts der Reaktion des Auslands, insbesondere der Sowjetunion. Die Schwelle zu einer »Atommacht« Bundesrepublik, auch im westeuropäischen Verbund, ist zu politisch, als daß sie heimlich überschritten werden könnte.

Das Fazit lautet: Eine Enttabuisierung der Frage nuklearer Konsultationen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in der Öffentlichkeit ist unverkennbar. Die Konsultationsvereinbarung vom Februar 1986 hat eine bislang unüberwindbar scheinende Schwelle übersprungen. Der politisch-ideologischen Bedeutung steht jedoch eine geringere reale Bedeutung gegenüber. Die nukleare »Statusdifferenz« wird nicht angetastet, und es erscheint nach den Klarstellungen insbesondere von Mitterrand auch nicht vorstellbar, daß das geschieht.

### *Die deutsch-französische Brigade*

Der Bereich der konventionellen Kooperation hat sich kontinuierlich intensiviert. Dies ist vor allem bei den zunehmend umfangreichen gemeinsamen Manövern deutlich geworden. Am letzten, »Kecker Spatz/Moineau Hardi« im September 1987, waren 20000 französische Soldaten der »Force d'Action Rapide«, der Schnellen Eingreiftruppe, beteiligt. Zum ersten Mal wurde der Manöverraum weit nach Osten ausgedehnt, nachdem die Franzosen vorher immer den Anschein einer Beteiligung an der »Vorneverteidigung« vermieden hatten. Der große propagandistische Effekt des Manövers wurde dadurch unterstrichen, daß eine engere Zusammenarbeit im Rahmen des deutsch-französischen Sicherheitsrates und die Einrichtung einer deutsch-französischen Brigade, die als Pilotprojekt für eine engere konventionelle Kooperation dient, öffentlichkeitswirksam präsentiert wurden. Nicht zuletzt die Defizite, die in den gemeinsamen Manövern zum Vorschein kamen, gaben diesen Plänen eine konkrete Gestalt.

Am 19. Juni 1987 hatte Kohl gemeinsam mit Mitterrand öffentlich den Vorschlag gemacht, einen »voll integrierten« Truppenverband in Form einer »Brigade« aufzustellen.<sup>15</sup> Dabei bezeichneten Kohl und Mitterrand den Truppenverband als »Embryo« einer europäischen Verteidigung und als Kristallisationspunkt für eine deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft. Am Ende dieser Entwicklung müsse eine gemeinsame europäische Verteidigung, wenn möglich mit einer europäischen Armee, stehen. Die Debatte um die deutsch-französische Brigade war für die Wiederbelebung der deutsch-französischen Militärkooperation durchaus typisch. Der Vorschlag war von westdeutscher Seite primär politisch motiviert. Den Beschwörungen der deutsch-französischen Militärkooperation und der Wiederbelebung der WEU war wenig ge-

folgt, was konkrete politische und militärische Bedeutung besaß. Da eine atomare Kooperation in weiter Ferne war, mündete die Auseinandersetzung über westeuropäische Konsequenzen aus der doppelten Null-Lösung schließlich in die Forderung nach einer engeren bilateralen Kooperation auf konventionellem Gebiet.

Der Brigade mußte eine konkrete Aufgabe gegeben werden, die einerseits den Grenzen der Kooperation, die durch die Nicht-Integration Frankreichs in die militärische Organisation der NATO und ihre nationale Abschreckungsdoktrin gegeben sind, Rechnung trug, andererseits militärisch aber nicht so belanglos war, daß damit auch die symbolische Bedeutung der Brigade gefährdet war. So wurde sie zum »Pilotprojekt«, in dem die Möglichkeiten und Hindernisse einer engeren konventionellen Kooperation ausgetestet werden sollen. Denn der harte Kern der Bedeutung einer solchen Brigade besteht in der Erarbeitung und Erprobung einer gemeinsam entwickelten Führungs- und Einsatzgrundlage in der Praxis. Sie liegt damit auf der gleichen Linie wie die seit 1984 konsequent erweiterte Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und französischen Heer.

Die Stäbe für eine erste Brigade von 4200 Mann wurden am 1. Oktober 1988 in Böblingen eingerichtet. Das Problem, daß diese Brigade aus Gründen der französischen Souveränität nicht der NATO unterstellt wird, wurde pragmatisch gelöst, indem die deutschen Truppen aus dem Territorialheer genommen wurden, das in Friedenszeiten nicht direkt der NATO untersteht. Die vollständige Realisierung wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen und unter zusätzlicher Stationierung von 2000 französischen Soldaten in die Bundesrepublik stattfinden. Für Frankreich bedeutet die zusätzliche Verlegung von Teilen der »Schnellen Eingreiftruppe« eine stärkere Bindung an den »Kriegsschauplatz Bundesrepublik« und damit eine Materialisierung des »gemeinsamen Sicherheitsraumes«.

Gegen den Bilateralismus wandten sich die anderen westeuropäischen Länder, vor allem Großbritannien, Italien und Spanien, ähnlich wie beim »Sicherheitsrat«. Einige von ihnen reagierten damit, entsprechende Projekte unter Beteiligung ihrer Länder vorzuschlagen, um die deutsch-französische Brigade in die Bildung gemeinsamer westeuropäischer Truppenteile einzubinden. Solche Verhandlungen sind in den letzten Monaten ernsthaft aufgenommen worden. Über eine niederländisch-deutsche Brigade werden bereits konkrete Verhandlungen geführt; zu den 6700 niederländischen Soldaten in der BRD sollen für eine solche Brigade 2000 weitere Soldaten kommen; weitere Länder haben ihr Interesse bekundet. Spanien will mit einer Kompanie am Ausbildungs- und Übungsgeschehen der Brigade teilnehmen (Europäische Wehrkunde 7/1988: 385). Dies zielt auf eine Überwindung des Bilateralismus und auf breitere, westeuropäische Lösungen.

Die deutsch-französische Brigade wird auch für andere Vorschläge zum Vorbild genommen: etwa der der Bow-Group, eines konservativen britischen Brain-Trusts, zur Bildung eines »Europa-Korps« im Rahmen der WEU, oder ein ähnlicher Vorschlag für eine gemischt-nationale europäische Division, die als »besondere Eingreiftruppe der Allianz« Verwendung finden könnte, wie es ein Bericht der Nordatlantischen Versammlung über die NATO in den neunziger Jahren vorgeschlagen hat (Brüs-

selbach 1988). Pläne der Bundeswehr für eine »Schnelle Eingreiftruppe« (Welt 25.7. 1987), die notwendig die Frage des Einsatzes außerhalb des NATO-Gebietes aufwerfen, ließen sich in diesem multilateralen Zusammenhang sicherlich leichter verwirklichen. Eine erweiterte deutsch-französische Einheit könne so zu einer de facto-Interventionstruppe der WEU heranwachsen (FAZ v. 2.11.87). Der Rahmen der WEU bietet sich für eine solche Initiative deshalb an, weil er außerhalb der NATO liegt, dem französischen Ansatzpunkt der Westeuropäisierung entspricht und Einsätze als schnelle Eingreiftruppe außerhalb des NATO-Gebietes durch den WEU-Vertrag möglich sind. Es hat bereits früher Initiativen der WEU in diese Richtung gegeben. Da die WEU aber nicht über eine militärische Organisation verfügt, sondern diese vertraglich der NATO vorbehält, würde dies eine grundlegende Veränderung der militärischen Organisationsstrukturen bedeuten.

Die Grenzen der militärischen Bedeutung einer deutsch-französischen Brigade, die über ein »Pilotprojekt« für die Verbesserung der Kooperation hinausgeht, liegen in der grundlegenden Differenz der Militärpolitik Frankreichs und der NATO. Als weiterer Versuch einer pragmatischen Politik der Zusammenarbeit, die diese gleichzeitig als politisches Symbol für die Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik nutzt, ist ihre politische Funktion nicht zu gering zu veranschlagen. Langfristig wird ihr Stellenwert davon abhängen, ob der militärisch-politische »Überbau«, der das Projekt einer gemeinsamen Brigade erst sinnvoll macht, im Rahmen des Sicherheitsrates ausgebaut wird. Die Brigade selbst kann ein politisches Signal in diese Richtung setzen, dürfte aber selbst keineswegs schon der Anfang eines solchen Prozesses sein.

### **Die bilaterale Militärkooperation – Achse einer Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik?**

#### *Der Zusammenhang von bilateralen Initiativen und westeuropäischer Integration*

Bereits kurz nach dem Regierungswechsel 1981 in Frankreich waren von offizieller Stelle neue Töne zu hören, die zwar auch schon unter Giscard d'Estaing anklangen, nun aber das auch unter den Sozialisten geltende Tabu des Nationalismus in der Militärpolitik zu durchbrechen schienen: Premierminister Mauroy rief dazu auf, »über die Perspektive einer politischen Gemeinschaft Europas nachzudenken, die über eine autonome Verteidigung verfügt« (vgl. Colard 1984: 125). Bekenntnisse dieser Art waren zwar nicht neu, und ein allgemeines Konzept von Sicherheitspolitik, das die konkrete Militärpolitik ausschließt, hatte im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften schon immer seinen Platz. Eine gemeinsame Militärpolitik sollte angesichts der nationalstaatlichen Realitäten aber die ferne »Krönung« eines westeuropäischen Bundesstaates sein. Angesichts der konkreten französischen Initiativen, insbesondere der Wiederbelebung der WEU, entstand der Eindruck, die sicherheits- und militärpolitische Zusammenarbeit könnte nun zunehmend zum »Motor« der westeuropäischen Integration werden. Das deutsch-französische »Tandem« soll dabei die Achse bilden,

die diese Entwicklung vorantreibt. Hinsichtlich des institutionellen Rahmens lagen die Interessen unterschiedlich: während Frankreich bereits 1981 Initiativen ergriff, um die militärpolitische Komponente der Sicherheitspolitik der bis dahin funktionslosen WEU wiederzubeleben, seine Haltung zur Intensivierung der EG-Integration aber eher zurückhaltend war, setzte die Bundesrepublik mehr auf eine engere außenpolitische Kooperation im Rahmen von EG und EPZ.

Eine durchgängige politische Strategie Frankreichs zur Westeuropäisierung läßt sich aber nur schwer feststellen. Integrationspolitische Initiativen im Rahmen der EG wie die Rede Mitterrands vor dem Europäischen Parlament im Frühjahr 1984 blieben ohne Folgen; dem Neuanlauf zur politischen Integration, der zur Einheitlichen Europäischen Akte führte, schloß sich Frankreich mit Verzögerung an. Bei der Wiederbelebung der WEU gab es verschiedene Phasen, in denen unterschiedliche Motive wirkten (P. Schmidt 1975: 32 ff.) Stand bis Ende 1983 die westdeutsche »Nachrüstungsdebatte« und damit die »Neutralismusgefahr« im Vordergrund, so führte 1983/84 die amerikanische SDI-Politik zu einem größeren französischen Interesse an einer gemeinsamen westeuropäischen Reaktion, die aber im Rahmen der WEU nicht erreicht wurde. Daraufhin ließ das französische Interesse nach, um im Zuge der doppelten Null-Lösung und der Diskussion um die »Sonderbedrohung« der Bundesrepublik durch atomare Kurzstreckenwaffen wieder zu wachsen. Im Oktober 1987 gelang es auf französische Initiative, eine gemeinsame »Sicherheitsplattform« der WEU zu formulieren, in der die Notwendigkeit der atomaren Abschreckung festgeschrieben wurde.

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich wird aber immer im Mittelpunkt einer solchen Entwicklung stehen: *zum einen*, weil beide Länder den entscheidend militärischen Raum bilden und über das wichtigste Rüstungspotential verfügen; *zum anderen*, weil die ökonomische Dominanz der Bundesrepublik und die Stärke ihrer konventionellen Bewaffnung diese zum Hegemon einer westeuropäischen Integration machen – ob sie eine hegemoniale Politik nun offen verfolgt oder ihre Rolle eher indirekt, vermittelt über die Institutionen spielt – und die daraus folgenden Probleme ohne Zustimmung Frankreichs nicht zu lösen sind; *zum dritten*, weil es ohne Großbritannien (Taylor 1987) zwar ein machtpolitisches Gleichgewicht gegenüber der Bundesrepublik innerhalb der Westeuropäisierung nicht geben kann, die britische Integrationspolitik aber insgesamt eher »reaktiv« als »aktiv« ist und sie aufgrund der »special relationship« zu den USA zwar an einer engeren wirtschafts- und außenpolitischen Kooperation, nicht aber an einer Einbeziehung der Militärpolitik in die EG interessiert ist.

### *Ein neues »europapolitisches Paket« durch Frankreich und die Bundesrepublik?*

Der deutsch-französische Sicherheitsrat hat durchaus Impulse für Integrationsinitiativen freigesetzt. Hieraus könnte sich eine Dynamik ergeben, die sich wechselseitig ergänzt: die Initiativrolle der BRD und Frankreichs zieht ein Verhalten der anderen Länder nach sich, das die westeuropäischen Strukturen insgesamt stärken und den

bilateralen Schritten ihre Exklusivität nehmen will. Eine Weiterentwicklung der bilateralen Zusammenarbeit wird dabei nicht durch Konzentration auf eine Organisation oder einen Themenbereich erfolgen, sondern durch neue Formen der Arbeitsteilung und der Ergänzung zwischen unterschiedlichen außenpolitischen Strategien. Die Geschichte der westeuropäischen Integration zeigt, daß es immer ein »Paket« von Lösungen unterschiedlicher Probleme und des Ausgleichs unterschiedlicher Interessen war, das Fortschritte gebracht hat: von der Verbindung der landwirtschaftlichen Interessen Frankreich und den industriellen der Bundesrepublik bei der Gründung der EWG über die Intensivierung der außenpolitischen Zusammenarbeit und der Errichtung eines Binnenmarktes bei der Einheitlichen Europäischen Akte bis hin zur parallelen Gründung eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates und des Sicherheitsrates.

Die Frage ist, ob sich gegenwärtig solche umfassenden Lösungen anbieten, ob es einen neuen »Gesamtkompromiß« der westeuropäischen Integration geben kann, der die Sicherheitspolitik einschließt. Zwei solcher Kompromisse spielen in der Diskussion eine Rolle: *zum einen* könnte ein weitgehendes Entgegenkommen der Bundesrepublik in wirtschafts- und insbesondere währungspolitischen Fragen Frankreich zu einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation bewegen. Die Tatsache, daß das Interesse an einer Kooperation in der Rüstungsproduktion für Frankreich schon immer im Vordergrund stand, zeigt die Möglichkeit, daß die Bundesrepublik gleichsam als »Zahlmeister« der Integration größeren sicherheitspolitischen Einfluß gewinnen könnte, ohne daß man sich offen auf einen solchen Interessenausgleich einlassen würde, der zusätzliche ökonomische Anforderungen mit sich brächte.<sup>18</sup> Diese wechselseitige Ergänzung einer ökonomischen Dominanz der Bundesrepublik und einer militärischen Dominanz Frankreichs könnte in der Tat zu einem Motor der westeuropäischen Integration werden. Von französischer Seite wird dies auch offen avisiert.

*Zum anderen* bietet sich im militärischen Bereich selbst die pragmatische Rollenteilung an, die den Vorschlägen Helmut Schmidts (H. Schmidt 1987) zugrundeliegt: die Bundesrepublik verzichtet auf jeden Anspruch nuklearer Mitbestimmung, während im konventionellen Bereich eine echte Integration der Armeen stattfindet und Frankreich damit eine feste Sicherheitsgarantie in Westeuropa übernimmt. Durch die Beibehaltung der nationalen atomaren Souveränität und den auf Dauer festgelegten Oberbefehl über die integrierten Streitkräfte räumt die Bundesrepublik Frankreich eine militärische Hegemonialrolle ein, verzichtet also bewußt und in der außenpolitischen Tradition nach 1945 auf eine formelle militärische Gleichberechtigung. Freilich würde auch hier wirken, was sich im ökonomischen Bereich durch die EG-Integration vollzog: Das faktische Gewicht der Bundesrepublik wäre so groß, daß seine Einflußmöglichkeiten in einer solchen Konstellation trotzdem wachsen würden. Schließlich verfügt sie über die stärksten konventionellen Streitkräfte und spielt geopolitisch die ausschlaggebende Rolle. Sollte eine internationale Konstellation eintreten, in der eine Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik wirklich auf der Tagesordnung stünde, wäre dies für die westeuropäischen Nachbarn immer noch besser als alle

Lösungen, die auf einen nationalen Weg der Bundesrepublik oder eine direkte Mitverfügung über Atomwaffen hinauslaufen würden.

Hieraus könnte sich eine neue Dynamik ergeben. Denn einem solchen Sog werden sich die anderen Länder kaum entziehen können. Vor allem die kleineren unter ihnen sehen zur Integrationspolitik keine Alternative. Die Rollenverteilung in Westeuropa ist aber klar: Frankreich als kontinentale Nuklearmacht und die Bundesrepublik als ökonomische Vormacht üben bei der Weiterentwicklung der westeuropäischen Integration so etwas wie ein »Kondominium«, eine gemeinsame Herrschaft, aus. Bei den Nachbarn stößt dies wiederum auf Mißtrauen. Anlässlich des Jubiläums des Elysée-Vertrages beschrieb Kohl das Problem folgendermaßen: wenn das Einverständnis zu groß wäre, gäbe es den Verdacht eines deutsch-französischen »Direktoriums«; wenn es zu gering wäre den Vorwurf, beide Länder würden ihrer besonderen historischen Rolle für die europäische Einigung nicht gerecht (Kohl in *Le Monde* vom 20.1.1988). In der Notwendigkeit einer breiter angelegten westeuropäischen Zusammenarbeit liegen auch Grenzen für eine engere bilaterale Kooperation.

#### *Die Perspektiven einer deutsch-französischen »Achse« der Westeuropäisierung*

Bisher hat sich jene »politische Führung« nicht herausgebildet, die Helmut Schmidt einmal zur politischen Selbstbehauptung Westeuropas forderte. Zu ausgeprägt waren die ungleichzeitigen ökonomischen und politischen Entwicklungen, zu stark die Interessengegensätze, zu tief verwurzelt die Identifikation mit dem Nationalstaat. So hängt der Erfolg einer politischen Integrationsinitiative davon ab, daß der Impuls *von außen* kommt, aus der internationalen Umbruchsituation, der wir uns vierzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegenübersehen. Die Reduzierung des amerikanischen Engagements in Europa und die Beibehaltung der Blockspaltung werden dabei die Bedingungen sein, unter denen die Bereitschaft zu einer *eigenständigen* Säule im transatlantischen Bündnis wachsen könnte. Die neue Entspannungs- und Abrüstungspolitik der Sowjetunion ist ein entscheidendes Hindernis für eine Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik, wenn es den friedensbewegten Kräften gelingt, den Druck auf die Regierungen zu verschärfen und einen Abbau der Ost-West-Konfrontation durchzusetzen.

Katalysator einer solchen Entwicklung könnte ein Rückzug der USA aus Europa sein, der eine westeuropäische Aufrüstung als *Ersatz* der Rolle der USA nach sich ziehen würde. Gegenwärtig ist nicht zu erkennen, daß das wohlverstandene Eigeninteresse der USA an Europa verschwinden würde. Der Impuls für eine engere Bindung Europas an die USA geht vielmehr von den Westeuropäern selbst aus. Für die herrschende Politik der Bundesrepublik ist das nichts Neues. Für Frankreich schon: Wie die atlantizistische Wende der französischen Politik angesichts des »Sicherheitsproblems Deutschland« gezeigt hat, soll eine Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik gerade die USA in Europa halten, indem sie ihr eine »Entlastung« bietet, die weitergehende Rückzugstendenzen verhindern soll. Gleichzeitig soll eine westeuropäische Säule aber nicht zu stark sein, um einen amerikanischen Rückzug nicht zu provozieren (Brock u.a. 1987: 32 f.).

In der gegenwärtigen Situation wird Frankreich die traditionellen Prämissen seiner Außenpolitik kaum verlassen. Die »europäische Öffnung«, die es in den letzten Jahren vollzogen hat, war immer noch davon geprägt, den westeuropäischen Integrationszusammenhang für seine Interessen zu instrumentalisieren, also »nationale Politikmuster und -inhalte zu westeuropäisieren« (Schild 1988a: 43) und unterschiedliche Optionen der Kooperation miteinander zu verbinden – sei es den Mittelmeerraum, die nukleare Partnerschaft mit Großbritannien oder den Bilateralismus mit der Bundesrepublik; sei es die WEU oder die EG. Ein »Gesamtentwurf« von Integration, der jeder neuen Gründung einer Organisation in Westeuropa oder jeder neuen völkerrechtlichen Fixierung zugrundeliegen müßte, ist nur in einer Zuspitzung der internationalen Veränderungen wahrscheinlich.

Zwar gibt es auch immer wieder Vorschläge für einen gänzlich neuen institutionellen Anlauf zu einer militärpolitischen Kooperation im Sinne einer »Europäischen Verteidigungsorganisation« in Westeuropa (Weidenfeld 1987). Das differenziertere Herangehen an die institutionellen Strukturen der Westeuropäisierung hat aber verschiedene Vorteile und erscheint daher als die wahrscheinlichere Entwicklung. Auf diese Weise lassen sich die unterschiedlichen Möglichkeiten einzelner Organisationen nutzen und die Schranken anderer umgehen: so der nicht-militärische Charakter der EG/EPZ, der einer »Europäischen Union« den Anschein einer »Zivilmacht« geben kann; die unterschiedlichen Kreise von teilnehmenden Ländern, vor allem die Rolle Frankreichs außerhalb der NATO-Integration; der unterschiedliche Grad der institutionellen Integration und rechtlichen Verbindlichkeit, der es ermöglicht, in Fragen der militärischen Souveränität weniger verbindlich zu verfahren als in wirtschaftlichen Fragen; die öffentliche Wirksamkeit der Institutionen, insbesondere der parlamentarischen Versammlungen von WEU, NATO und dem EP. Der fragmentierte Charakter der Westeuropäisierung entspricht daher einer Außenpolitik, unterschiedliche Optionen offenzuhalten und größere Handlungsspielräume durch eine »géométrie variable« zu gewinnen. Die wahrscheinlichste Entwicklung ist eine abgestufte Entwicklung, ein Europa der »drei Geschwindigkeiten« (Brock u.a. 1987: 43). Den unterschiedlichen Interessen entsprechend wird sich die Kooperation auf bilaterale Gremien, die Westeuropäische Union und die Europäischen Gemeinschaften und die EPZ verteilen: ein »harter Kern« von westeuropäischen Ländern, der zu einer militärpolitischen Kooperation bereit ist, wird sich um eine deutsch-französische »Achse« gruppieren. Er wird die sechs Gründungsmitglieder der EG und Großbritannien umfassen und sich institutionell eher auf die WEU beziehen. Durch die wahrscheinliche Erweiterung der WEU erhält diese eine wichtige »Südschiene« durch die Einbeziehung von Spanien und Portugal. Dadurch wird es auch zu einer stärkeren Kongruenz zwischen einer Mitgliedschaft in der WEU und der EG kommen, die unter Umständen ein komplementäres Verhältnis zwischen den beiden Organisationen befördert. EG und EPZ würden sich auf den nicht-militärischen Aspekt der Sicherheit beschränken. Lediglich die Rüstungsproduktion könnte in den gemeinsamen Binnenmarkt einbezogen werden, obwohl die IEPG zunehmend an Statur in der Koordination der Rüstungsbeschaffung gewinnt. Erst diese Beschränkung ermöglichte auch die Aus-

weitung des Gemeinsamen Marktes auf bisher neutrale Staaten wie Österreich und Schweden, die daran ein großes Interesse haben, aber ebenso wie Irland ihren neutralen Status gefährdet sähen. Die militärischen Aspekte wären auf die WEU beschränkt, die gerade nicht als »Außenbordmotor« für die Militarisierung der EG dienen, sondern sie als Kreuzer begleiten würde. Dem deutsch-französischen Tandem (unter Umständen unter aktiver Beteiligung Großbritanniens) käme als Kern der beiden Organisationen die Funktion eines Scharniers zu.

Diese Entwicklungen sind unter friedenspolitischen Kriterien nicht weniger gefährlich als eine offene Entwicklung in Richtung auf eine »militärische Supermacht Westeuropa«. Im Gegenteil: die ideologische Funktion dieser Entwicklung ist sehr viel wirksamer, da sie verdeckter ist. Die nukleare Komponente wird ausgespart; die EG erscheint weiterhin als »Zivilmacht«; die Abgrenzung von den USA bleibt auf der Ebene der ökonomischen und politischen Konkurrenz, ohne die militärische Arbeitsteilung in der NATO in Frage zu stellen; eine neue Bedrohung und einen Aufrüstungsdruck gegenüber der Sowjetunion wird erzeugt. So läßt sich überall die Westeuropäisierung als »kleineres Übel« gegenüber den USA und als »friedliche« machtpolitische Basis für eine gesamteuropäische Entspannung verkaufen, ohne daß sich an der unfriedlichen Struktur der Blockkonfrontation in Europa etwas ändert. Diese wird nicht überwunden, sondern zementiert.

Für die westdeutsche Außenpolitik, die einen nationalistischen Kurswechsel nicht vollziehen kann, ohne großen Widerstand zu provozieren, ist die »Selbstbehauptung Europas« die Wiedergewinnung der nationalen Machtpolitik auf westeuropäischer Ebene. Frankreich versucht, über die Zusammenarbeit in Westeuropa die Schranken seines nationalen Großmachtsanspruchs zu überwinden. Aber eine Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik ist nicht nur eine reale Entwicklungstendenz. Beiden Staaten bietet Westeuropa den Ort, an dem die überkommene Machtpolitik weniger gefährlich erscheint und als »internationalistisch« legitimiert wird. Der bilateralen Zusammenarbeit wie der Westeuropäisierung kommt eine große politisch-ideologische Bedeutung zu.

Die Brüche im sicherheitspolitischen Konsens in Frankreich können durch die »Westeuropäisierung« gekittet werden. Denn, wie oben gezeigt wurde, [...] entwickeln sich die herrschende Außenpolitik und die Identifikation mit dem »Nuklearnationalismus« [...] zunehmend auseinander. Mit der vermeintlichen Überwindung des Nationalismus in Westeuropa werden die atomaren Grundlagen der nationalen Machtpolitik wieder gefestigt. Orientierung an Europa – ja; aber in militärischer Form und auf Westeuropa beschränkt.

»Der Erbfeind als Ersatzfreund« – Ersatz für was, Freundschaft gegen wen? Die Antwort auf die Fragen, die ganz am Anfang gestellt wurden, kann sich nicht auf die aktuellen Entwicklungen beschränken, die durch das »Sicherheitsproblem Deutschland« und die »Selbstbehauptung« Europas bestimmt sind. Die militärischen Grundlagen der Politik selbst müssen abgebaut werden. Die neue alte Freundfeindschaft besteht zwischen den Staaten, nicht zwischen den Völkern. Es ist das alte Freund-Feind-Schema, das machtpolitische Kalkül zwischen den Staaten selbst, das es zu

überwinden gilt. Die militärische »Achse« der »Freundschaft« zu Frankreich *ersetzt* eine Entmilitarisierung der Blockkonfrontation und gesamteuropäischen Friedenspolitik und richtet sich gegen die Menschen in beiden Ländern, die Abrüstung wollen.

## Anmerkungen

- 1 Nach FAZ, 22.8.1987, zit. nach Brock u.a. 1987:1; vgl. zur Unterscheidung von vier verschiedenen Funktionen der NATO Statz 1988.
- 2 So haben die französischen Initiativen oft dann einen Schub bekommen, wenn die »deutsche Frage« virulent wurde (Friedensbewegung und »Nationalneutralismus«, doppelte Null-Lösung und »Sonderbedrohung«); danach verflog das Interesse sehr leicht wieder; hinsichtlich der WEU vgl. P. Schmidt 1985: 36 f.
- 3 Die verschiedenen Umfragen zeigen keine gravierenden Differenzen; die Tendenz ist eindeutig. Vgl. insbesondere die Zusammenstellung in Armée d' Aujourd' hui, März 1988; Libération 16.2.1987.
- 4 Vgl. zur jüngsten Entwicklung als Überblicke Bauer 1986, 1987, 1988; Yost 1988; Schütze 1988; Schild 1988b; die laufende Berichterstattung in antimilitarismus information; die aktuelle Chronik, die in der Zeitschrift Dokumente regelmäßig veröffentlicht wird; die offiziellen Dokumente werden regelmäßig in Europa-Archiv abgedruckt.
- 5 Die folgende Darstellung beruht auf einer Zeitungsauswertung, die im Einzelnen nicht nachgewiesen wird, auf Informationen aus dem Verteidigungsausschuß des Bundestages sowie den beiden Veröffentlichungen des Bundespresse- und Informationsamtes: Militärische Zusammenarbeit Deutschland-Frankreich, August 1987, 2. veränderte Fassung April 1988; vgl. außerdem Boniface/Heisbourg 1986: 242 ff.; P. Schmidt 1987 b; Ehrhart 1987: 23 ff.
- 6 Für die Öffentlichkeit kam dies eher überraschend, nach Pressemeldungen »überließ« Kohl diese seine Idee Mitterrand; vgl. Zeit v. 2.10.87
- 7 Texte in: Europa-Archiv 5/1988, S. D 134 ff.
- 8 Abgedruckt in: Europa-Archiv 5/1988, S. D 131 f.
- 9 Eine genauere zusammenfassende Diskussion der nuklearen Kooperation findet sich bei Boniface/Heisbourg 1986: 261 ff.; Yost 1988: 184 ff.; Laird 1986 c: 92 ff.; P. Schmidt 1987 b: 52 ff.
- 10 Vgl. hierzu auch die von den Grünen initiierte Kampagne »Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz«, die in der gleichnamigen Broschüre mit vielfältigen Informationen zu den Atommachtambitionen und zur technischen Infrastruktur dargestellt ist, hg. Die Grünen, Bonn o.J. (1988): bes. 16 f., 32 f. – Die reale Gefahr eines deutschen »Griffs zur Bombe« wird vom Verfasser deutlich skeptischer eingeschätzt.
- 11 Vgl. die gemeinsame Erklärung von Kohl und Mitterrand in Paris am 28.2.86, in: Europa-Archiv 9/1986: D236.
- 12 Vgl. Unsere Verantwortung in der Welt, Christlich-demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik, hg. CDU, Sommer 1988
- 13 Vgl. den unter Pseudonym veröffentlichten Artikel von François Heisbourg, damals hoher Beamter im Verteidigungsministerium in der offiziellen Zeitschrift Politique Etrangère (3/1984): Andrets 1986, hier: 114 (zitiert nach der englischen Fassung) und die Debatte in den folgenden Nummern.
- 14 Vgl. dazu die Berichterstattung der taz im Sommer und Herbst 1987, die eine Reihe von Dementis hervorrief, nichtsdestotrotz aber im Kern ihrer Zitate, Interpretationen und Vermutungen französische Überlegungen in eine solche Richtung dokumentiert; taz 28.7.; 29.7.; 4.8.; 11.8.; 23.10.; 2.11.; 22.1.1988; 12.4.1988 sowie die Reaktion in der übrigen Presse auf die Veröffentlichung der Interviews von Messmer und Hernu am 28.7.1987.
- 15 Die folgenden Darstellungen beruhen auf einer Presseauswertung, Informationen aus dem Verteidigungsausschuß sowie: Bundespresse- und Informationsamt: Militärische Zusammenarbeit Deutschland – Frankreich, April 1988; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abg. Gerster u.a. (SPD) vom 4.2.1988, Drs. 11/1777; vgl. auch Schmidt 1987 b: 61 ff.; Ehrhardt 1987: 21 ff.

- 16 So ist es ein Novum, daß der Vizepräsident der EG-Kommission, Narjes, am 12. November 1987 vor der Führungsakademie der Bundeswehr und auf dem WEU-Colloquium über Rüstungs Kooperation am 7. März 1988 auftrat und entsprechende Überlegungen anstellte; das Europäische Parlament macht seit Jahren Vorstöße in diese Richtung.
- 18 So wick Kohl der Frage nach einem »Junktim« zwischen ökonomischen und militärischen Fragen in der deutsch-französischen Kooperation beharrlich aus; vgl. Interview Le Monde 20.1.1988.

## Literatur

- Andrets, André (d.i. Francois Heisbourg) (1986): *Franco-German Relations and the Nuclear Factor in a Divided Europe*. In: Laird 1986a:105-120
- Baier, Lothar (1988): *Religionskrieg um den Frieden. Eine Polemik*. In: Alix/Baier/Jouhy (1985): 111-128
- Baier, Lothar (1988): *Firma Frankreich. Eine Betriebsbesichtigung*, Berlin
- Bauer, Harald (1986): Französische Sicherheitspolitik und BRD. In: antimilitarismus information 3/1986: Y7-14
- Bauer, Harald (1987) *Frankreichs Sicherheitspolitik und das geteilte Deutschland. Zwischen Kontrolle, Kooperation und Abhängigkeiten*, Berlin
- Bauer, Harald (1988): Westeuropäisierung – was ist dran? In: *Tendenz Westeuropa, antimilitarismus information* 6/1988: Y31-41
- Becker, Johannes M. (1987): Frankreich – zerbricht der »nationale Nuklearkonsens«? In: *Informationsdienst Wissenschaft und Frieden* 3/1987: 9-10
- Berger, Peter (1983): Konsens – die feste Basis der französischen Sicherheitspolitik. In: Wolf-Dieter Eberwein; Catherine M. Kelleher (Hg.): *Sicherheit – zu welchem Preis? Die Zukunft der westlichen Allianz*, München: 155-176
- Birkenbach, Hannes-Margret u.a. (1985): Transatlantische Krise – Ein Ansatzpunkt für eine alternative Friedenspolitik? In: Lothar Brock; Berthold Meyer (Hg.): *Die Zukunft der Sicherheit in Europa. Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung. Bd. XI*, Baden-Baden: 85-124
- Boniface, Pascal; François Heisbourg (1986): *La Puce, les Hommes et la Bombe. L'Europe face aux Nouveaux Défis Technologiques et Militaires*, Paris
- Bourdet, Claude; Alfred Mechttersheimer (Hg.) (1985): *Europäisierung Europas. Zwischen französischem Nuklearnationalismus und deutschem Nuklearpazifismus*, Berlin
- Boyer, Yves (1988): The U.S. Military Presence in Europe and French Security Policy. In: *The Washington Quarterly* 1/1988: 197-207 (frz. in: *Politique Etrangère* 3/1987: 683-696)
- Brock, Lothar u.a. (1987): Nationale Interessen und westeuropäische Kooperation in der Sicherheitspolitik. Frankfurt: HSFK-Report 8/1987 (57 S.)
- Brock, Lothar; Matthias Jopp (Hg.) (1987): *Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft in Westeuropa*, Baden-Baden
- Brüsselbach, Mathias (1988): Eine europäische Division als besondere Eingreiftruppe? In: *Europäische Wehrkunde* 7/1988: 384-385
- Colard, Daniel (1984): Frankreichs Abkehr von der »nuklearen Maginot-Linie. In: *Dokumente* 2/1984: 123-134
- Colard, Daniel (1987): Die Euro-Raketen und die europäische Strategie. In: *Dokumente* 5/1987:330-333
- Calleo, David P. (1987): *Beyond American Hegemony. The Future of the Western Alliance*, New York
- XIII. Deutsch-Französische Konferenz (1987): *Europäische Selbstbehauptung? L'enjeu européen*, hg. Ingo Kolboom, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik. 46)
- Dregger, Alfred (1987): Entwurf einer Sicherheitspolitik zur Selbstbehauptung Europas. In: *Europäische Wehrkunde* 12/1987: 702-706
- Ehrhart, Hans-Georg (1987): *Französische Verteidigungspolitik im Wandel? Zur Problematik konventioneller Verteidigungs Kooperation zwischen Paris und Bonn*, Bonn: Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, November, 28 S.

- Ehrhart, Hans-Georg (1988): *Frankreichs Politik der »Europäisierung der Verteidigung aus amerikanischer und westeuropäischer Sicht*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Januar (Kurzpapier 20)
- Euromilitarismus (1985). *Zur Bedeutung der »Europäisierung der Sicherheitspolitik«*, hg. Die Grünen, Köln/Bonn
- Frisch, Alfred: Die heikle militärische Kooperation. Wünsche und Zweifel in der deutsch-französischen Partnerschaft. In: *Dokumente* 5/1987: 325-320
- Die Grünen (Hg.) 1988: *Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz*, Bonn
- Heisbourg, François (1986): *French Security Policy Under Mitterrand*. In: Laird 1986 a: 29-50
- Heisbourg, François (1987a): Die NATO vor der entscheidenden Bewährungsprobe. Die neue Lastenverteilung im Bündnis. In: *Europa-Archiv* 8/1987:225-236
- Heisbourg, François (1987b): Défense française: l'impossible statu quo. In: *Politique Internationale* 36/1987: 137-153
- Heisbourg, François (1988): Nach dem INF-Abkommen von Washington: Für eine Weiterentwicklung der Grundlagen des Atlantischen Bündnisses. In: *Europa-Archiv* 5/1988: 119-128
- Howorth, Jolyon (1986): Begrenzte Mittel und strategische Optionen: Frankreichs Verteidigungspolitik am Scheideweg? In: *Europa-Archiv* 9/1986: 265-272
- Howorth, Jolyon (1988): Die französische Verteidigungspolitik im Widerstreit zwischen Abrüstung und Abschreckung. In: *Europa-Archiv* 12/1988: 331-338
- Huntzinger, Jacques (1985): L'avenir de la défense de l'Europe occidentale – une alliance à deux piliers. In: *Politique Etrangère* 4/1985:961-973
- Jäger, Uli; Schwegler-Rohmeis, Wolfgang (1988): *Rüstungsindustrie und Rüstungsexport – Perspektiven deutsch-französischer Zusammenarbeit*. Papier vorgelegt auf dem Kongreß über deutsch-französische Rüstungskoooperation in Baden-Baden, Mai (21 S.)
- Kaiser, Karl; Pierre Lellouche (Hg.) (1986): *Deutsch-französische Sicherheitspolitik. Auf dem Wege zur Gemeinsamkeit?*, Bonn
- Kaiser, Karl; John Roper (Hg.) (1987): *Die stille Allianz. Deutsch-britische Sicherheitskooperation*, Bonn
- Kolboom, Ingo (1986): *Im Westen nichts Neues? Frankreichs Sicherheitspolitik, das deutsch-französische Verhältnis und die Deutsche Frage*. In: Kaiser/Lellouche 1986: 68-89
- Laird, Robbin F. (Hg.) (1986a): *French Security Policy. From Independence to Interdependence*, Boulder/London
- Laird, Robbin F. (1986b): *France's Nuclear Future*. In: Laird 1986a: 65-73
- Laird, Robbin F. (1986c): *The French Strategic Dilemma*. In: Laird 1986 a: 81-104
- Leggewie, Claus (1985): Sozialismus und Rüstungsproduktion in Frankreich. In: *Friedensanalysen* 20, Frankfurt: 105-130
- Lellouche, Pierre (1985): *L'Avenir de la Guerre*, Paris
- Lucas, Michael (1988): The United States and Post-INF Europe. In: *World Policy* 1/1988: 183-233
- Manfrass-Sirjacques, Françoise (1986): *Frankreichs Sicherheitspolitik zwischen europäischer Kooperation und nationaler Abgrenzung*. In: Brock/Jopp (1986): 167-190
- Manfrass-Sirjacques, Françoise (1987): Null – Und was dann? Die deutsch-französischen Beziehungen in der Perspektive eines nuklearwaffenfreien Europas. In: *Neue Gesellschaft* 8/1987: 734-743
- Meyer zu Natrup, Friedhelm B. (1985): *De Gaulle überwinden? Die jüngsten sicherheitspolitischen Erklärungen der PS, der RPR und der UDF*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung
- Meyer zu Natrup, Friedhelm B. (1986): *Sozialismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der Parti Socialiste und der sozialistischen Regierung Frankreichs 1970-1985*, Melle 1986 (Forschungsbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 52)
- Militärgrößmacht Westeuropa?*, hg. Die Grünen, Köln/Bonn o.J. (1984) (30 S.)
- Millotat, Christian (1987): Deutsch-französische Truppenübung Kecker Spatz. In: *Soldat und Technik* 11/1987:666-668
- Die NATO-Broschüre der Grünen* (1988), hg. Die Grünen im Bundestag, Bonn/Hamburg
- Pullinger, Stephen (1987): The Resurrection of the Euro-bomb. In: *ADIU-Report* 6/1986: 4-7
- Raven, Wolfram von (1987): »Kecker Spatz«. Flitterwochen vor der silbernen Hochzeit. In: *Europäische Wehrkunde* 11/1987: 616-621
- de Rose, François (1987): Grands problèmes posés par une petite unité. In: *Défense Nationale* 10/1987

- Schild, Joachim (1988a): *SDI-Ein Impuls für die «Westeuropäisierung» der französischen Sicherheitspolitik?*, Seminararbeit FB Politische Wissenschaften, FU Berlin, Juni, 51 S.
- Schild, Joachim (1988b): Zwischen Nuklearnationalismus und französisch-deutschem Sonderbündnis. Aussichten nach dem Regierungswechsel in Paris. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/1988
- Schmidt, Helmut (1987): Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. In: *Europa-Archiv* 11/1987: 303-312
- Schmidt, Peter (1985): *Sicherheitspolitische Entwicklungsperspektiven der Westeuropäischen Union (WEU)*, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik SWP – AZ 2450
- Schmidt, Peter (1986): *Die deutsche Debatte über die nuklearen und konventionellen Streitkräfte Frankreichs*. In: Kaiser/Lellouche 1986: 101-110
- Schmidt, Peter (1987a): *Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Außenpolitik. Teil I: Der außen- und sicherheitspolitische Kontext*, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik SWP – AZ 2493
- Schmidt, Peter (1987b): *Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Außenpolitik. Teil II: Entwicklung, Probleme und Perspektiven der militärischen Zusammenarbeit*, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik SWP – AZ 2540
- Schmidt, Peter (1987c): *Neuere sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklungen in Frankreich. Auswirkungen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit*, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik SWP – LN 2514
- Schmidt, Peter (1987d): *Zum Stand und den Entwicklungsmöglichkeiten der militärischen Zusammenarbeit: die deutsche Sicht*. Papier zum Deutsch-französischen Kolloquium am 2./3. Dezember, Mskr.
- Schütze, Walter (Hg.) (1983): *Frankreichs Verteidigungspolitik 1958-1983*. Eine Dokumentation. Militärpolitik Dokumentation 32/33, Frankfurt
- Schütze, Walter (1985): Angst vor Träumen an deutschen Kaminen. Das Offenhalten der Deutschen Frage setzt die deutsch-französische Freundschaft aufs Spiel. In: *Sicherheit und Frieden* 2/1985:86-90
- Schütze, Walter (1988): Der »Erbfeind« als Ersatzfreund. Militärkooperation Bonn-Paris im Zeichen atlantischer Irritationen. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/1988:25-36
- Schwarz, Hans-Peter (1985): *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergesenheit*, Stuttgart
- Seitz, Konrad (1982): Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit. In: *Europa-Archiv* 22/1982: 657-664
- Sloan, Stanley R. (1985): *NATO's Future, Towards a New Transatlantic Bargain*, Washington 1985
- Soutou, Georges-Henri (1988): L'accord INF, le problème stratégique allemand et la France. In: *Défense Nationale* (Juni): 39-46
- Statz, Albert (1988): *Von der Strategie einseitiger Abrüstung zu einer Außenpolitik der Selbstbeschränkung. Zur grün-alternativen Debatte über eine neue Außenpolitik der BRD*, Wuppertal: Institut für internationale Politik, Arbeitspapier 004
- Taylor, Trevor (1987): Alternative Entwicklungsmuster für Institutionen der europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. In: Karl Kaiser; John Roper (Hg.): *Die Stille Allianz. Deutsch-Britische Sicherheitskooperation*, Bonn: 175-189
- Tiberghien, Frédéric (1987): Puissance et rôle de l'armement préstratégique français. In: *Le Monde Diplomatique*, Februar: 14-15
- Turbé, Gérard (1987): Die französische Schnelleingreiftruppe FAR. In: *Internationale Wehrrevue* 8/1987: 1023-1026
- Weidenfeld, Werner (1987): Neuorganisation der Sicherheit Westeuropas. In: *Europa-Archiv* 9/1987: 259-268
- Weisenfeld, Ernst (1986): *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München
- Yost, David S. (1988): Franco-German Defense Cooperation. In: *The Washington Quarterly* 1/1988: 173-195